

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/015(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 17.11.2005	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609	17:00Uhr	19:45Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2005 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4. Straßenname
Vorlage: DS0510/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Änderung der Maßnahme 56 - Volkshochschule - des
Haushaltskonsolidierungskonzeptes -
Beschluss-Nr. 2636-73(III)03
Vorlage: DS0181/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Dritte Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung
Vorlage: DS0496/05

Frau Ende, FB 02, gibt einführende Worte zur vorliegenden Drucksache.

Herr Herbst ist der Auffassung, dass im Falle einer Veränderung der Gebühren, die Verwaltung erneut an den Ausschuss herantreten sollte.

Herr Cracau bittet darum, die Verwaltungskostensatzung ämterübergreifend zu machen.

Herr Grünert spricht sich für folgenden Änderungsantrag aus:

Beschlussvorschlag 2: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat 1 Jahr nach Inkrafttreten der Satzung darüber zu informieren, wie sich diese bewährt hat.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

1 Ja-Stimme
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zur DS 0496/05:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

7. Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Beiträgen
für straßenbauliche Maßnahmen
Vorlage: DS0534/05
-

Herr Grünert sieht momentan keinen Handlungsbedarf einer Satzungsänderung. Er lehnt die Erhöhung der Beiträge ohne rechtliche Grundlage ab.

Herr Platz legt dar, dass die gegenwärtigen Beiträge sehr angemessen sind und sich im bundesweit üblichen Rahmen halten.

Herr Veil fragt nach, welche Haushaltsmehreinnahmen aufgrund der Erhöhung zu verzeichnen wären.

Herr Hübner, Amt 60, informiert, dass die Satzung frühestens in den Jahren 2007/2008 greift. In den Jahren 208/2009 rechnet die Verwaltung mit Mehreinnahmen von ca. 200 TEUR.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

8. Neufassung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: DS0490/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

9. 2. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: DS0518/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

10. Verkehrssicherheit Höhe Domplatz 4
Vorlage: A0168/05

Die Ausschussmitglieder stimmen über den Antrag A 0168/05 wie folgt ab:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

10.1. Verkehrssicherheit Höhe Domplatz 4
Vorlage: A0168/05/1

Die einbringende Fraktion sieht den Antrag A 0168/05/1 mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung als erledigt an.

10.2. Verkehrssicherheit Höhe Domplatz 4
Vorlage: S0276/05

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Magdeburg muss sauber sein - Containerstellplätze im öffentlichen Raum

Herr Schwenke gibt kurze Informationen zur vorliegenden Stellungnahme.

Herr Grünert äußert, dass es viele Plätze gibt, die verwildert sind. Er fragt nach, ob hier schon über eine Standortverlagerung nachgedacht wurde.

Herr Schwenke informiert, dass sich eine Arbeitsgruppe des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes ständig mit dieser Problematik beschäftigt. Es wurden bereits einige Plätze entfernt.

Herr Grünert fragt nach, wer eigentlich die Kleiderboxen kontrolliert.

Herr Schwenke informiert, dass das Tiefbauamt die Plätze genehmigt. Es gibt im Tiefbauamt einen Mitarbeiter, der sich damit befasst. Er ist darauf angewiesen, über Mißstände informiert zu werden.

Herr Lischka bittet die Verwaltung, eine Übersicht über die einzelnen Firmen, die Kleiderboxen aufstellen, zu erarbeiten. Die Übersicht sollte auch die Angabe enthalten, ob die Firmen die Gebühren für den Standplatz bezahlen.

Mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung gehen die Ausschussmitglieder davon aus, dass der Antrag erfüllt wurde.

Abstimmungsergebnis zum Antrag A 0147/05:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

12. Neufassung der Entwässerungssatzung

DS 0580/05

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Platz informiert, dass in den nächsten Jahren die Umsetzung der Hochwasserstudie Ostelbien erfolgt. Die erste Maßnahme erfolgt im Jahr 2006 in Pechau. Bislang ist am im Vermögenshaushalt dafür kein Geld vorhanden. Der Umweltausschuss hat einen Änderungsantrag gestellt, nachdem die Maßnahme in den Haushaltsplan 2006 eingearbeitet werden soll.

Er informiert weiter, dass eine Drucksache zur Problematik „Feinstaub“ bereits um Umlauf ist. Der Umweltausschuss hat dieser bereits zugestimmt. Die erforderlichen Werte werden bisher am Damaschkeplatz nicht erreicht. Die Messstelle soll jetzt in die Ernst-Reuter-Allee verlegt werden. Es soll ein Verkehrsleitsystem erarbeitet werden. Die Kosten belaufen sich in der Ausbauphase auf ca. 650 TEUR. Die Finanzlage ist im Zuge der Haushaltsberatungen zu klären.

Herr Grünert stellt fest, dass sich die Haushaltsausgabereste auf ca. 38 % belaufen. Kann hier nicht eine Refinanzierung in Sachen Umsetzung Hochwasserstudie sowie Feinstaub erfolgen.

Herr Marske ist der Auffassung, dass dies laut der kommunalen Haushaltsverordnung nicht zulässig ist. Hierzu muss eine Prüfung vom Fachbereich 02 erfolgen.

Herr Grünert äußert, dass per 30.09.2005 der zu erarbeitende Überschuss nicht erreicht wurde (./ 270 TEUR).

Herr Platz legt dar, dass die Auszahlungen an die Studenten vorfinanziert werden müssen. Die Einnahmen werden verfehlt, aber nicht in der Größenordnung. Er wird die Sache prüfen und die genaue Zahl nachreichen.

Herr Grünert fragt nach, ob es eine Übersicht über die Einnahmen gibt. Es wäre schön, wenn diese bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 25./26.11.2005 vorliegt.

Er äußert weiterhin, dass er ein Problem mit den Verträgen der KID GmbH und des KGM hat. Er kann hier keinen Minimierungsansatz sehen. Kann hier nicht von der Pauschalierung weggegangen werden, sondern anhand von konkreten Aufträgen abgerechnet werden.

Herr Platz informiert, dass das Abrechnungssystem der KID umgestellt worden ist, um Erleichterungen für die Fachämter zu erreichen. Hier fällt auch die permanente Betreuung durch die KID hinein. Bei der Neuverhandlung des Vertrages sollte sich hierzu nochmals Gedanken gemacht werden. Die Wirtschaftlichkeit sollte nochmals genau betrachtet werden. Eine Ausschreibung hätte zur Folge, dass die Stadt die KID GmbH vielleicht verliert. Eine Ausschreibung ohne externe Hilfe ist nicht möglich. Wenn es die KID nicht schafft, sich zu profilieren und andere Kommunen als Gesellschafter zu gewinnen, sollte über eine Rücküberführung in einen Eigenbetrieb nachgedacht werden.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

14. Verschiedenes

Herr Lischka informiert, dass der Ausschuss seine Sitzung im Februar 2006 in der Feuerwache Olvenstedt/Diesdorf durchführen wird.

Aufgrund der Sondersitzung des Stadtrates am 15.12.2005 wird die Sitzung des KRB-Ausschusses auf den 20.12.2005, 17.00 Uhr, verschoben.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin